



Medieninfo

30. September 2026

IG BAU fordert Kurswechsel in der Wohnungspolitik

Gewerkschaft fordert 400.000 neue Wohnungen jährlich und bis 2030 zwei Millionen Sozialwohnungen

Kassel – Der Wohnungsbau in Deutschland steckt weiter in einer tiefen Krise. Während der Bedarf an Wohnraum hoch bleibt, wurden 2025 bundesweit nur rund 206.000 Wohnungen fertiggestellt. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert deshalb auf ihrem 24. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Kassel einen grundlegenden Kurswechsel in der Wohnungspolitik: 400.000 neue Wohnungen pro Jahr müssen das Ziel sein – darunter mindestens 100.000 Sozialwohnungen und 60.000 bezahlbare Wohnungen. „Der Wohnungsbau darf nicht den Profitinteressen privater Investoren überlassen werden. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und braucht eine starke öffentliche Verantwortung“, heißt es in einem mit großer Mehrheit verabschiedeten Antrag.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei Sozialwohnungen: Ende 2025 gab es bundesweit nur noch rund eine Million. Die IG BAU fordert, den Bestand bis 2030 wieder auf mindestens zwei Millionen Sozialwohnungen zu erhöhen. Dafür seien mindestens 13,5 Milliarden Euro jährlich von Bund und Ländern notwendig. Grundsatz müsse künftig sein: „Einmal gefördert – immer sozial gebunden.“ Auch für Haushalte mit mittleren Einkommen brauche es mehr Unterstützung. Gebaut werden sollten jährlich mindestens 60.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen mit Nettokaltmieten zwischen 8,50 und 12 Euro pro Quadratmeter.

Gleichzeitig müsse der öffentliche und genossenschaftliche Wohnungsbau deutlich gestärkt werden. Die Gewerkschaft fordert eine Weiterentwicklung der Wohngemeinnützigkeit, bessere Förderung von Wohnungsgenossenschaften und eine gemeinwohlorientierte



Vergabe öffentlicher Grundstücke. Kommunen müssten zudem stärker gegen Bodenspekulation vorgehen können – etwa durch Vorkaufsrechte, Erbbaurechte und kommunale Bodenfonds.

Klimaschutz und sozialer Wohnungsbau gehören für die IG BAU zusammen. Der Gebäudebestand müsse energetisch saniert und der Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen vorangetrieben werden. Dafür seien verlässliche öffentliche Förderprogramme notwendig, damit auch Bauhandwerk und Baustoffindustrie Planungssicherheit erhielten.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Wohnen im Alter. Bereits heute fehlen rund 2,1 Millionen altersgerechte Wohnungen. Bis 2040 müssten jährlich rund 170.000 entsprechende Wohnungen neu geschaffen oder umgebaut werden. Die Gewerkschaft fordert deshalb zunächst mindestens 500 Millionen Euro jährlich für altersgerechte Sanierung und Umbau.

Neben dem Neubau brauche es zudem einen stärkeren Schutz der Mieterinnen und Mieter. Die IG BAU fordert eine umfassende Mietrechtsreform mit einer verschärften und entfristeten Mietpreisbremse, stärkerem Umwandlungsschutz, Maßnahmen gegen Mietwucher und spekulativen Leerstand sowie einer Verschärfung der Regeln gegen Zweckentfremdung.

Der Gewerkschaftstag der IG BAU findet alle vier Jahre statt. Rund 250 Delegierte aus ganz Deutschland legen darin ihre gesellschaftlichen und politischen Leitlinien für die nächsten Jahre fest. Auch der Bundesvorstand wird gewählt. Die Gewerkschaft vertritt die Branchen Bauwirtschaft und Baustoffindustrie, Gebäudereiniger Handwerk und Industrielle Dienstleistungen sowie Forst und Agrar.